

SONDERAUSGABE 2013

Pflanzenzüchter als Think Tank nutzen

Die Bedeutung der Pflanzenzüchtung für eine nachhaltige Landwirtschaft, die auch unter veränderten Umweltbedingungen die steigende Weltbevölkerung ernähren kann, hat Bundesministerin Ilse Aigner am 11. Juni 2013 hervorgehoben. Gemeinsam mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Agrarwirtschaft und Wissenschaft würdigte sie das mehr als 30-jährige Engagement von Dr. Kartz von Kameke für die Branche. Von Kameke hatte im April nach 16 Jahren als Vorsitzender des BDP den Führungsstab an Stephanie Franck übergeben.

Die Ministerin gratulierte von Kameke zur Ernennung zum Ehrenvorsitzenden des BDP. Er habe das Ansehen des deutschen Züchterwesens international gemehrt und die Interessen der deutschen Saatgutwirtschaft mit unermüdlichem Einsatz in über 30 Jahren im Ehrenamt des Verbandes vertreten. In ihrer Festansprache lobte sie die gute Zusammenarbeit mit den Pflanzenzüchtern, die entscheidend durch von Kameke geprägt worden sei. Sowohl Aigner als auch Franck bekräftigten den Willen zur Fortsetzung des Austausches zu den gemeinsamen The-



Prof. Joachim von Braun, Leiter des Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF), zeigte in seinem Festvortrag auf, dass die Pflanzenzüchtung einen Kernbeitrag zur Intensivierung und nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft leistet.

men wie Schutz geistigen Eigentums, Abgrenzung von Sorten- und Patentschutz und Förderung der Züchtungsforschung. Franck bekräftigte die Verantwortung der Pflanzenzüchter bei der Lösung globaler Herausforderungen durch moderne Sorten, betonte aber gleichzeitig die



Bundesministerin Aigner würdigte das langjährige Engagement von Dr. Kartz von Kameke als BDP-Vorsitzender. Seiner Nachfolgerin Stephanie Franck sagte sie eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium zu.

Notwendigkeit entsprechender gesetzlicher Rahmenbedingungen für die Züchtung. An die Ministerin appellierte sie, die Pflanzenzüchter als Think Tank zu nutzen. Nur so könnten gemeinsam die Innovationen ermöglicht werden, die die Landwirtschaft in die Lage versetzen, die gewaltigen Aufgaben zu meistern, die vor ihr liegen. Besorgt zeigte sich die neue



Der Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Werner Schwarz, sicherte zu, dass DBV und BDP das gemeinsame Ziel, eine leistungsfähige und mittelständische Pflanzenzüchtung zu erhalten, weiterhin intensiv verfolgen werden.

BDP-Vorsitzende über die EU-Verordnung zur Umsetzung des Nagoya-Protokolls, die die in Deutschland stark mittelständisch geprägte Pflanzenzüchtung gefährde. Sie warb um Unterstützung der Bundesregierung dafür, den freien Zugang zu Zuchtmaterial zu erhalten. Den Erhalt von biologischer Vielfalt sah auch die Ministerin als zentral für die Politik ihres Hauses und für eine nachhaltige Landwirtschaft. Dazu gehöre nicht nur die Erhaltung, sondern auch der Zugang zu den genetischen Ressourcen.

Von Kameke warnte mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl vor dem Verlust von Spitzentechnologien in



Der Präsident der European Seed Association, Gerard Backx, hält es für unerlässlich, der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, wie wichtig die Pflanzenzüchtung für die Gesellschaft ist.

Deutschland. Der BDP-Ehrenvorsitzende forderte u. a. die Schaffung von steuerlichen Anreizsystemen für Forschung und Entwicklung. Sie seien die Grundlage dafür, international wettbewerbsfähig zu bleiben, Spitzenleistungen am Innovationsstandort Deutschland vollbringen und mehr Kapital investieren zu können.



Innovation ernährt die Welt

Die Sicherung der Ernährung weltweit ist eine der wichtigsten Aufgaben, vor denen unsere Gesellschaft steht. Praxis und Wissenschaft diskutierten in einer BDP-Pressekonferenz Lösungsansätze.

von links: Dr. Steffen Noleppa, Prof. Joachim von Braun, Stephanie Franck, Prof. Harald von Witzke

Agenda mitbestimmen



Mit einem Vorsitzendenwechsel im Verband sind oftmals Erwartungen an einen politischen Kurswechsel verknüpft. Es entspricht aber der Philosophie des BDP, dass sich die politischen Topthemen nicht aus Einzelinteressen, sondern aus branchenübergreifender Meinungsbildung ableiten. Daran wird sich auch künftig nichts ändern. Es gilt, die Anliegen der Pflanzenzüchter und Saatenhändler in Deutschland auf nationaler wie internationaler Ebene weiterhin effektiv zu vertreten.

Der Koalitionsvertrag 2009 hat zukunftsweisende Eckpunkte für unseren Wirtschaftsbereich definiert. Zum Ende der aktuellen Legislaturperiode blicken wir auf diesen zurück und ziehen ein ernüchterndes Fazit. Viele der avisierten Ziele wurden nicht realisiert – bedenklich, wenn man die hohe Relevanz der Pflanzenzüchtung für die ganze Gesellschaft betrachtet, was eine aktuelle Studie gerade wieder (s. Seite 8 dieser Ausgabe) belegt. Und noch bedenklicher, weil es im Ergebnis nicht allein um die Interessen der Pflanzenzüchtung geht, sondern um den Erhalt und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Die Erwartungen der Pflanzenzüchter an die zukünftige Bundesregierung werden wir mit Nachdruck in den nächsten Monaten erneut formulieren.

Unsere Kernforderungen sind:

Forschung fördern, durch

- langfristig (bis 15 Jahre) angelegte Forschungsprogramme für die gesamte Pflanzenzüchtung
- verstärkte Ressortforschung im Bereich Pre-Breeding

Innovation sichern, durch

- freien Zugang zu genetischen Ressourcen
- mehr Verantwortung der öffentlichen Hand im Bereich des Sortenprüfens
- adäquaten Schutz geistigen Eigentums, insbesondere durch eine praktikable Nachbauregelung und eine klare Abgrenzung zwischen Sorten- und Patentschutz

Wettbewerbsfähigkeit stärken, durch

- Saatgutswellenwerte einschließlich einer Lösung für geringste unbeabsichtigte und technisch unvermeidbare GVO-Spuren im Saatgut
- steuerliche Anreize, z. B. Steuergutschriften für F&E-Aufwendungen

Mit Blick auf die Bundestagswahl haben wir bei vier agrarpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen nachgefragt, inwiefern die Themen der Pflanzenzüchtung wieder auf der politischen Agenda stehen. Wir dürfen gespannt sein, welche Inhalte davon im Spätherbst Eingang in den Koalitionsvertrag finden und dann auch umgesetzt werden.

Stephanie Franck

NACHGEFRAGT

CDU/CSU · Franz-Josef Holzenkamp

Die Pflanzenzüchtung ist eine Schlüsseltechnologie. Ihr kommt eine enorme Bedeutung für die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft zu. Ohne Fortschritte in der Züchtung wird es nicht möglich sein, das Recht auf Nahrung für die bis zum Jahr 2050 auf neun Mrd. Menschen anwachsende Weltbevölkerung einzulösen. Die Landwirtschaft muss gleichzeitig noch einen zunehmenden Anteil an der Erzeugung für Energie und Rohstoffe leisten. Wir brauchen dafür eine nachhaltige und hohe Produktionssteigerung sowie robuste Sorten, die dem Klimawandel trotzen, und eine Qualitätssteigerung der Nutzpflanzen für Ernährung und nachwachsende Rohstoffe.

Es ist ein wichtiges Anliegen von CDU und CSU, die deutsche Pflanzenzüchtung zu stärken. Dafür

- fördern wir die Züchtungsforschung und haben die Forschungsstrategie Bioökonomie ins Leben gerufen,
- unterstützen wir die Weizenforschungsinitiative der G-20-Agrarminister,
- haben wir das Züchterprivileg im EU-Patent verankert,
- setzen wir uns für eine klare Abgrenzung zwischen Sortenschutz und Patentrecht ein. Wir wollen keine Patentierung von gezüchteten landwirtschaftlichen Nutzpflanzen, sondern den Zugang zu genetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft erhalten,
- setzen wir uns für eine echte Entbürokratisierung im EU-Saatgutrecht ein.



SPD · Dr. Wilhelm Priesmeier

Die Pflanzenzüchtung ist die Grundlage für eine erfolgreiche Sicherung der landwirtschaftlichen Erträge.

Anlässlich der Bundestagswahl 2013 richtet sich der BDP mit fünf Fragenkomplexen an die Parteien

FDP · Dr. Christel Happach-Kasan



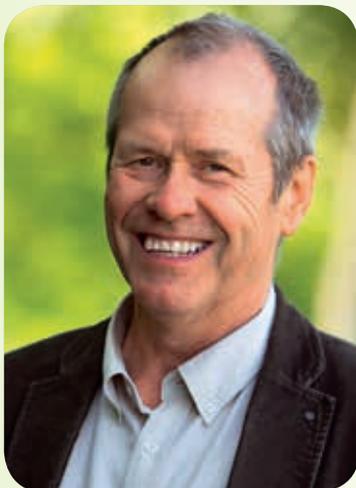
Pflanzenzucht steht am Anfang der Wertschöpfungskette von Land- und Ernährungswirtschaft. Die Qualität der Pflanzensorten ist eine entscheidende Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg der Land- und Ernährungswirtschaft und ebenso für die Lösung der Hungerproblematik und der ausreichenden Bereitstellung nachwachsender Rohstoffe. Im Zuge der Grünen Revolution konnte das Ertragspotential der Sorten vervielfacht werden. Die in den vergangenen Jahrhunderten durch Selektion verbesserten Sorten sind in den letzten 150 Jahren in Deutschland von vorwiegend mittelständischen Unternehmen weiterentwickelt worden.

Gutes Saatgut aus leistungsstarken Zuchtlinien ist eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige und effiziente Landwirtschaft und für einen modernen Verbraucherschutz. Die Rahmenbedingungen für Landwirte und Pflanzenzüchter müssen so ausgestaltet werden, dass Züchtungsfortschritt, Vielfalt und Wahlfreiheit auch zukünftig gewährleistet sind. Zu diesen Rahmenbedingungen gehört auch die Nachbauggebühr.

1

Die Sicherung der Welternährung, die Auswirkungen des Klimawandels und die Bereitstellung nachwachsender Rohstoffe stellen die Weltgemeinschaft vor große Herausforderungen. Welche wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung misst Ihre Partei der Pflanzenzüchtung für die Lösung dieser Aufgaben zu?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Friedrich Ostendorff



Pflanzenzüchtung ist für die Lösung der globalen Herausforderungen unverzichtbar. Die Potenziale liegen dabei in der klassischen Züchtung mit modernen Methoden. Denn die hohen Erwartungen in die Agrogentechnik haben sich in keiner Weise erfüllt, im Gegenteil werden ihre Risiken immer deutlicher. Wir Grünen treten dafür ein, keine weiteren Ressourcen für die Agrogentechnik zu verschwenden, sondern stattdessen die klassische Züchtung und damit kleine und mittelständische Unternehmen endlich besser zu unterstützen.

2

Der Schutz geistigen Eigentums ist als Motor für Innovationen in der Wirtschaft anerkannt. Die Pflanzenzüchter investieren einen hohen Teil ihres Umsatzes in Forschung und Entwicklung (F&E-Quote von 16,1 %) und sind auf die Refinanzierung dieser Aufwendungen angewiesen. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass die den Züchtern zur Refinanzierung zustehenden Mittel auch über die Nachbaugebühren vollumfänglich zufließen?



CDU/CSU

Nachbaugebühren sind ein wichtiger Baustein zur Refinanzierung des langwierigen, finanziell aufwändigen Prozesses der Züchtung neuer selbstbefruchtender Pflanzensorten. Deshalb sind sie im Sortenschutzrecht fest verankert. Da das Sortenschutzrecht ein privates gewerbliches Schutzrecht ist, müssen sich die Züchter aber selbst um die Erhebung der ihnen zustehenden Entgelte bemühen. Wir wissen, dass es den Sortenschutzinhabern nur mit großem Aufwand möglich ist, das zustehende Nachbaugebühren auch tatsächlich zu erheben.

Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Nachbaugebühren in der Praxis sind kein deutsches Phänomen, sondern Probleme mit der Nachbaugebung sind in den

allermeisten EU-Mitgliedstaaten vorhanden. Sie müssen auf Ebene der EU gelöst werden, denn die Mehrzahl der Pflanzenzüchter lässt ihre Sorten über das gemeinschaftliche europäische Sortenschutzrecht schützen. Die EU hat deshalb das Sortenschutzrecht in den letzten Jahren evaluiert und will die Position der Pflanzenzüchter beim Nachbau verbessern.

CDU und CSU unterstützen die EU-Kommission, möglichst bald eine unbürokratische Lösung zu finden, die insbesondere den mittelständischen Pflanzenzüchtungsunternehmen die ihnen zustehenden Nachbaugebühren sichert. Wir werden uns dabei aktiv einbringen und für Verbesserungen im Interesse der mittelständischen deutschen Pflanzenzüchtungsbranche einsetzen.



SPD

Die SPD steht zu dem in Deutschland altbewährten Landwirteprivileg.



FDP

Die FDP tritt für den Schutz geistigen Eigentums ein. Wir setzen uns deshalb für einen starken Sortenschutz ein, denn die Entwicklung neuer Sorten mit verbesserten Eigenschaften ist zeit- und kostenaufwändig. Nach Auffassung der FDP ist es an der Zeit zu überprüfen, wie unser heimisches Sortenrecht auch für Züchter attraktiver gestaltet werden kann. Der Schutz geistigen Eigentums ist Voraussetzung für dringend erforderliche Innovationen in der Züchtung.

Dem Recht auf Nachbau von zertifiziertem Saatgut steht die Verpflichtung zur Bezahlung der festgelegten Nachbaugebühren gegenüber. In der Vergangenheit sind nicht alle Landwirte dieser Verpflichtung nachgekommen. Dadurch ist Pflanzenzüchtern ein Teil des ihnen zustehenden Einkommens entgangen. Es ist überfällig,

dass Pflanzenzüchtern bessere Möglichkeiten verschafft werden, die ihnen zustehenden Nachbaugebühren auch zu erhalten. Ansonsten werden die ehrlichen Landwirte, die die Nachbaugebühren bezahlen, von den unehrlichen Landwirten, die sie nicht bezahlen, übervorteilt. Pflanzenzüchtung ist eine Dienstleistung für den Landwirt. Dieser erzielt mit verbesserten Sorten durch einen höheren Flächenertrag, eine verbesserte Qualität der Sorte wie z. B. Schaderresistenz oder verbesserte Qualität des Ernteguts, eine höhere Wertschöpfung auf seiner Fläche. Dienstleistungen können aber in keinem Wirtschaftszweig ohne finanzielle Gegenleistung erbracht werden. Daher sind auch Landwirte in der Pflicht, durch Bezahlung der Dienstleistung sicherzustellen, dass sie auch in Zukunft erbracht werden kann.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Angesichts der hohen gesellschaftlichen Bedeutung der Züchtung sind wir Grünen der Ansicht, dass Stakeholder und Politik gemeinsam neue Konzepte für eine nachhaltige und rechtssi-

chere Refinanzierung der Züchtungsleistung entwickeln müssen. Der langjährige Konflikt um die Nachbauggebühren und deren Erfassung lässt ein Festhalten an diesem System wenig aussichtsreich erscheinen.

3

Landwirtschaft ist ein offenes biologisches System und vielen äußeren Einflüssen ausgesetzt. Durch die weltweit zunehmende Bedeutung gentechnisch veränderter Pflanzen im Anbau und der Verarbeitung steigt auch ihr Anteil an den globalen Warenströmen. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass Landwirte und Pflanzenzüchter für den Fall von technisch und biologisch unvermeidbaren Vermischungen mit GVO-Bestandteilen mehr Rechtssicherheit bekommen?



CDU/CSU

Bezüglich der Rechtssicherheit halten wir die Festlegung von Kennzeichnungsschwellenwerten bei Saatgut durch die Europäische Union für notwendig. Diese müssen bei Saatgut besonders streng sein, allerdings kann es nicht nur auf

die Nachweisgrenze ankommen. Die Schwellenwerte müssen realistisch hinsichtlich zufälliger oder technisch nicht zu vermeidender Spuren und der von ihnen ausgehenden Ausbreitungswahrscheinlichkeit von GVO über das jeweilige Saatgut festgelegt werden.



SPD

An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest – ebenso wie an der Saatgutreinheit. Das entspricht dem Vorsor-

geprinzip und ist zudem Voraussetzung dafür, dass auch künftig Lebensmittel erzeugt werden können, die den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechen.



FDP

Die Funde von GVO-Spuren im Saatgut dürfen kein Grund sein, dieses zu vernichten. Gentechnik ist Alltag. Unsere Nutztiere werden mit GVO-Futtermitteln gefüttert. Das in Deutschland ausgebrachte Saatgut wird auch in Ländern produziert, in denen gv-Pflanzen angebaut werden. Selbstverständlich muss die Sortenreinheit gewährleistet sein. Für Saatgut

von Pflanzen, die mit Kreuzungs- und Mutationszüchtung gezüchtet wurden, gilt ein Grenzwert von 1 %. Die Forderung nach Nulltoleranz im Saatgut verursacht Kosten, denen für die Verbraucherinnen und Verbraucher kein Nutzen gegenüber steht. Deswegen fordert die FDP, die sogenannte Nulltoleranz im Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen durch einen technischen Schwellenwert zu ersetzen. Dies schafft Rechtssicherheit.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen konzentriert sich auf wenige Staaten und wenige Pflanzensorten und ist in Europa z. Zt. rückläufig. Frühere Aussagen über massive Probleme mit Kontaminationen bei Futter- oder Lebensmitteln konnten nicht belegt werden. Insofern

gibt es aus unserer Sicht keinen Anlass, den Schutz von Verbrauchern und der gentechnikfreien Landwirtschaft durch eine Aufweichung der absoluten Nulltoleranz – die im Übrigen auch die rechtlich klarste Lösung darstellt – für nicht zugelassene GVO zu gefährden.

4

Die Saatgutbeizung ist der Königsweg des Pflanzenschutzes hinsichtlich der benötigten Wirkstoffmenge, der zielgenauen Anwendung und des Anwenderschutzes. Wie positioniert sich Ihre Partei vor dem Hintergrund der ökologischen und ökonomischen Vorteile zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Beizung?



CDU/CSU

CDU und CSU stehen zu einem effektiven, sparsamen und nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nach den Grundsätzen des integrierten Pflanzenbaus. Zur Erhöhung der Sicherheit für Mensch und Umwelt, zur Gewährleistung einer höchstmöglichen Wirksamkeit bei gleichzeitig sparsamem Einsatz haben wir den Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln vorgelegt. Wir sehen diesen als Angebot an die Landwirte und die Agrarbranche und werden ihn gemeinsam mit ihnen umsetzen.

Die Grundsätze der Sicherheit gelten auch und insbesondere für die Beizung von Saatgut mit Pflanzenschutzmitteln, die wir als richtige und notwendige Maßnahme für einen guten Start vieler Kulturen ansehen. Die Saatgutbeizung ist eine wichtige Maßnahme für den nachhaltigen Pflanzenbau, da sie in der Regel sehr gezielt erfolgt, die benötigte Wirkstoffmenge relativ gering ist und die Pflanzen von Beginn an geschützt sind. Durch sachgerechte Beizung können Flächenspritzungen oft reduziert werden.



SPD

Pflanzenschutzmittel werden nach einem strengen Zulassungsverfahren und ggf. unter einem Auflagenregime für die Anwendung freigegeben. Bei ordnungsgemäßer

Anwendung und solange keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse dagegen sprechen, halten wir die Saatgutbeizung für eine legitime Option im Pflanzenschutz.



FDP

Die Beizung vor der Aussaat hat sich bewährt, weil dadurch ein Kontakt mit Blüten besuchenden Insekten sicher vermieden wird. Die seit 2009 in Deutschland eingeführte Zertifizierung der Beizung gewährleistet einen höchstmöglichen Sicherheitsstandard. Die Bundesregierung ist auf-

gefordert, gegenüber der EU-Kommission darauf zu dringen, dass auch in anderen EU-Ländern die Zertifizierung der Beizung die Sicherheit der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln verbessert. Damit ist Landwirtschaft und Imkerei mehr geholfen als durch pauschale Verbote.



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auch wenn wir die Vorteile der Beizung gegenüber anderen Formen der Pestizidanwendung anerkennen, so halten wir Grünen sie dann für problematisch, wenn systemische Mittel verwen-

det werden, die vom Saatkorn auch in andere Pflanzenteile transportiert werden. Grundsätzlich wollen wir angesichts der zahlreichen ökologischen und gesundheitlichen Risiken von Pestiziden die Zulassungsverfahren grundlegend verbessern.

5

Wie steht Ihre Partei zum zweijährigen Verbot von Neonikotinoiden?



CDU/CSU

Das Verbot von Neonikotinoiden durch die EU-Kommission sehen wir insbesondere mit Blick auf den Rapsanbau in Deutschland sehr kritisch. Die Bundesregierung hat in Brüssel erreicht, dass das bereits gebeizte Saatgut für die Herbstsaat noch verwendet werden kann, so dass für die Ernte 2014 nicht mit Problemen durch mangelnden Pflanzenschutz zu rechnen ist. Das Verbot ist auf der Grundlage von Empfehlungen der EFSA erlassen worden, die u. a. den

Schutz der Bienen nicht gewährleistet sieht. Dies widerspricht den Praxiserfahrungen in Deutschland, wo bisher der Einsatz von Neonikotinoiden bei Raps unter erheblichen Auflagen erlaubt ist. Nun kommt es darauf an, dass wir die Sicherheit der Neonikotinoide bei sachgerechtem Einsatz auch wissenschaftlich belegen können. CDU und CSU haben sich deshalb dafür eingesetzt, dass schnellstmöglich eine wissenschaftliche Überprüfung erfolgt.



SPD

Wir unterstützen das zweijährige Verbot von Neonikotinoiden.



FDP

Die FDP lehnt das zweijährige Verbot von Neonikotinoiden ab. Es wird der Problematik nicht gerecht und ist daher unverhältnismäßig. Bienenvölker werden insbesondere durch die Var-

roa-Milbe bedroht, nicht jedoch durch die bestimmungsgemäße Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Neonikotinoide sollten als Pflanzenschutzmittel für die Beizung von Samen weiterhin zur Verfügung stehen



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bündnis 90/Die Grünen halten das zweijährige Verbot von drei Neonikotinoiden im Sinne des Bienenschutzes für unerlässlich. Die Zeit muss jetzt genutzt werden, um die vielen offenen Fra-

gen in Bezug auf die Risiken von Neonikotinoiden möglichst umfassend zu klären und alternative, ökologisch besser verträgliche Pflanzenschutzmaßnahmen zu entwickeln.

Wie wichtig ist unsere Pflanzenzüchtung für die Welt?

Die wachsende Weltbevölkerung, die damit steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln bei begrenzten Nutzflächen und der Klimawandel stellen die Pflanzenzüchtung vor große Herausforderungen. Damit leistungsfähige Pflanzen den Anforderungen einer sich ändernden Umwelt und den Ansprüchen der Gesellschaft gerecht werden, arbeiten Pflanzenzüchter mit Hochdruck an der Entwicklung verbesserter Sorten.

Eine vom Humboldt Forum for Food and Agriculture (HFFA) e. V. veröffentlichte Studie bewertet erstmals den Nutzen von Produktivitätssteigerungen durch Züchtungserfolge für die Gesellschaft – sowohl nach ökologischen als auch nach ökonomischen Kriterien. Im Fokus steht der Einfluss der Pflanzenzüchtung auf soziale Wohlfahrt, Ernährungssicherung sowie Klima- und Ressourcenschutz. Die Ergebnisse zeigen: Von einem Fortschritt in der Pflanzenzüchtung profitieren Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt in einem bisher unterschätzten Umfang.

Eingesparte CO ₂ -Emissionen aus globalen Landnutzungsänderungen durch Pflanzenzüchtung in Deutschland von 1991 bis 2010 (in Mio. t CO ₂)								
Weizen	Mais	Gerste	Roggen	Raps	Zucker- rübe	Kar- toffel	Körner- legumi- nosen	Ge- samt*
97,4	19,6	45,0	16,7	53,0	5,8	7,6	1,0	161,1

* „Gesamt“ ist nicht die Summe der Ergebnisse für die einzelnen Märkte, da Marktinterdependenzen zu berücksichtigen sind.

Fortschritte in der Pflanzenzüchtung von 1991–2010 sind dafür verantwortlich, dass dank eingesparter Flächenausdehnung weltweit 160 Mio. Tonnen weniger CO₂ freigesetzt wurden.

Pflanzenzüchtung schützt das Klima

Die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzflächen trägt mehr zum Klimawandel bei als die weltweite Industrieproduktion oder das Transportwesen. Denn durch die Entwaldung und die Umwandlung von Gras- in Ackerland in vielen Teilen der Welt werden enorme Mengen des schädlichen Klimagases CO₂ freigesetzt. Ertragreichere Pflanzen sorgen dafür, dass deutlich weniger Flächen neu kultiviert werden müssen und somit CO₂-Emissionen vermieden werden können.

Züchtung sichert Ernährung und Wohlstand

Pflanzenzüchtung sorgt dafür, dass Agrarprodukte auch bei steigender Nachfrage nicht zum Luxusgut werden. Damit liefern Pflanzen-

züchter die Grundlage für die Ernährung von Millionen Menschen: Dank privater und öffentlicher Investitionen in die Forschung als eine wesentliche Grundlage für die Pflanzenzüchtung wurden die Flächenerträge in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten um bis zu 20 Prozent gesteigert. Dadurch konnte der wachsende Bedarf an Lebensmitteln gedeckt werden – und das zu bezahlbaren Preisen für den Verbraucher. Der entsprechende Beitrag der Pflanzenzüchtung zum Bruttosozialprodukt summiert sich für den Zeitraum 1991 bis 2010 auf ca. 9 Mrd. Euro.

Pflanzenzüchtung schont Landressourcen

Gesteigerte Flächenerträge ermöglichen eine effizientere Nutzung von Agrarflächen. Die Pflanzenzüchtung trägt damit zum Erhalt natürlicher Lebensräume, von Biodiversität und eines intakten Wasserhaushalts bei, denn dank ertragreicherer Sorten müssen weltweit weniger Flächen landwirtschaftlich genutzt werden. Durch Pflanzenzüchtung bedingte Produktivitätssteigerungen in Deutschland verringern den Flächenverbrauch der Landwirtschaft weltweit deutlich. Global gesehen hätte ohne diese Leistungen eine Fläche von über 1 Millionen ha zusätzlich neu kultiviert werden müssen, um die fehlende Erntemenge zu kompensieren.

Wer profitiert von Züchtungserfolgen?

Mehrerträge in der Landwirtschaft durch Pflanzenzüchtung kommen der gesamten Gesellschaft zugute. Hierfür wurde die soziale Verzinsung der Markt- und Klimaeffekte auf der Grundlage von Investitionen in die deutsche Pflanzenzüchtung errechnet. Die Zahlen verdeutlichen: Investitionen in die Züchtung sind aus sozioökonomischer Sicht äußerst lohnenswert und sinnvoll. Den Forschungsbereich Pflanzenzüchtung in Zukunft verstärkt durch die öffentliche Hand zu fördern, liegt demnach im Interesse unserer Gesellschaft als Ganzes. Für die Politik bedeutet dies, dass öffentliche Gelder, die in die Pflanzenzüchtung in Form von staatlichen Forschungsprogrammen oder durch eine verstärkte Förderung der institutionellen Forschung investiert werden, der Gesellschaft mit einer hohen Rendite zugutekommen.

Nähere Informationen zur Studie finden Sie unter www.bdp-online.de oder www.hffa.info.

Ohne Fortschritte in der deutschen Pflanzenzüchtung würden jährlich weltweit Agrarprodukte für die Nahrungsmittelversorgung fehlen:

Produkt	Mehrproduktion (Mio. t)	versorgt (Mio. Menschen)
Weizen	2,53	38
Kartoffeln	2,29	72
Raps	0,88	275

Impressum

Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e. V.
 Kaufmannstraße 71–73
 53115 Bonn

Telefon: 0228/98581-10
 E-Mail: bdp@bdp-online.de
 Internet: www.bdp-online.de

Redaktion:
 Ulrike Amoruso-Eickhorn

Druck: Warlich Druck
 Meckenheim GmbH